

# Für Sie im Landtag – Für Sie vor Ort

Ausgabe Mai 2013



**Sabine  
Bächle-Scholz  
MdL  
informiert**

**CDU**

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

mit der neuen Ausgabe meines Newsletters möchte ich Sie wieder über aktuelle Entwicklungen der Landespolitik und meiner Arbeit im Wahlkreis informieren.



Mein besonderer Dank gilt den Mitgliedern der CDA, die mich im vergangenen Monat zur Stellvertretenden Landesvorsitzenden wählten. Das beste Ergebnis aller Bewerber ist mir ein besonderer Ansporn.

Auch möchte ich dieses Medium nutzen, zwei Menschen herzlich zu gratulieren. Helga Oehne, die Stadtverordnetenvorsteherin aus Kelsterbach feierte ihren 70. Geburtstag. Beim Festakt der Stadt Kelsterbach konnte man bewundern, dass sie weit über die Parteigrenzen hinweg hochverdienten Respekt genießt. Das Bischofsheimer CDU-Mitglied, Sebastian Schmitt hat seine Saskia geheiratet, die er über die Junge Union kennenlernte. Die beiden sind ein wunderbares Beispiel, dass Politik auch Lebensglück sein kann. Gesundheit, Glück und Zufriedenheit wünsche ich Euch allen!

Mit Sheraz Zafar konnte ich auch diesen Monat wieder einen Praktikanten in meinem Büro begrüßen. Es war eine spannende und schöne Zeit. Der Artikel auf S. 7 stammt maßgeblich aus seiner Feder. Ich wünsche viel Spaß beim Lesen!

Sie sind herzlich eingeladen, jederzeit mit mir ins Gespräch zu kommen und meiner Arbeit bei Facebook zu folgen.

Herzliche Grüße,

*Sabine Bärle-Schleg*

## IN DIESER AUSGABE

- CDU-Fraktion steht solidarisch zu HP-Mitarbeitern (S. 3)
- Änderungen am Kinderförderungsgesetz (S. 4)
- Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft – CDA und MIT (S. 5)
- Girls' Day im Hessischen Landtag (S. 6)
- Eltern-Kind-Nachmittag in der Stadtbücherei Rüsselsheim (S. 7)
- CDU und FDP hauchen Schuldenbremse Leben ein (S. 8)
- Ausbau der Ganztagsangebote an Hessens Schulen (S. 9)
- Opelbesuch CDA Landtagsfraktion (S. 10)
- Impressionen (S. 11-12)
- Termine / Impressum

## CDU-Landtagsfraktion steht solidarisch an der Seite der Mitarbeiter von Hewlett Packard

„Wir stehen solidarisch an der Seite der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Hewlett-Packard in Rüsselsheim. Der Umgang der Konzernspitze mit den Menschen ist für uns nicht akzeptabel und die geplante Standortschließung nicht nachvollziehbar. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass die Arbeitsplätze erhalten bleiben“, erklärten der Fraktionsvorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Christean Wagner, und die Arbeitspolitische Sprecherin, Sabine Bächle-Scholz, die selbst aus dem Kreis Groß-Gerau kommt, anlässlich des Besuchs von Mitgliedern des Betriebsrats von Hewlett-Packard und des Rüsselsheimer Oberbürgermeisters Patrick Burghardt in der CDU-Landtagsfraktion.

„Die Mitarbeiter und ihre Familien stehen für uns im Mittelpunkt. Diese brauchen Klarheit und Perspektive. Von der HP-Konzernspitze erwarte ich hier einen verantwortlichen und verlässlichen Umgang mit den Menschen und ihren Arbeitsplätzen“, so Wagner. Die Vorsitzende des Arbeitnehmer-Arbeitskreises CDA der Landtagsfraktion, Bächle-Scholz, ergänzte: „Die Mitarbeiter sind bereit, den Standort mit ihrem Einsatz zu erhalten. Ich fordere die Betriebsleitung auf, diese Bereitschaft zur Kooperation und zum Kompromiss ebenfalls zu zeigen“.

Die Arbeitnehmervertreter hatten sich bereit erklärt, gemeinsam mit der HP-Führung Leitlinien zur nachhaltigen Gestaltung des IT-Dienstleistungsbereichs zu entwickeln. Erforderlich seien Alternativen zum

Personalabbau, zur Sicherung des Geschäfts und zur Sicherung der Arbeitsplätze. Die stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Bettina Kauß äußerte ihr Unverständnis darüber, dass HP 850 meist hochqualifizierte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen kündigen möchte. „Der betroffene Geschäftsbereich erzielt nach wie vor Gewinne und es ist mehr als genug Arbeit vorhanden. Außerdem können die Informationen, die dem Betriebsrat bisher vorgelegt wurden, in keiner Weise belegen, dass die Umsetzung einer Standortschließung die erwarteten Einsparungen erbringen werden.“ Udo Verzagt, Vorsitzender des europäischen Betriebsrats, ergänzte, dass die Standortschließung gegen geltendes Recht verstoße, da die Arbeitnehmervertretung nicht in die Entscheidung mit eingebunden worden sei. Weiterhin unterstrich er, dass die von Volker Smid (Vorsitzender der Geschäftsleitung) in mehreren Interviews angekündigte sozialvertragliche Lösung, sich nicht in den Verhandlungsgesprächen wiederfinde. Die geplante Betriebsschließung beinhalte auch die Kündigung von Personengruppen, für die auch interne Lösungen gefunden werden könnten.

Der Oberbürgermeister der Stadt Rüsselsheim, Patrick Burghardt, erläuterte die Bedeutung des Standortes von HP für die Stadt: „HP ist ein wichtiger Arbeitgeber für Rüsselsheim und die gesamte Region. Wir müssen alles tun, um den Standort und die Arbeitsplätze zu erhalten. Der Magistrat und die Stadtversammlung haben sich eindeutig positioniert. Wir sind bereit, unseren Beitrag zu leisten, damit HP bei uns in Rüsselsheim weiter produziert“.



Von links nach rechts: Dr. Christean Wagner, Judith Lannert, Axel Wintermeyer, Udo Verzagt, Stefan Wolf, Bettina Kauß, Sabine Bächle-Scholz, Patrick Burghardt



## Wir nehmen Impulse aus Anhörung und Bedenken der hessischen Eltern ernst – Kinderförderungsgesetz in mehreren Punkten geändert

„Wir nehmen die Impulse aus der Anhörung wie auch die Ängste und Bedenken der hessischen Eltern sehr ernst. Auch wenn die Anhörung zum Hessischen Kinderförderungsgesetz bereits viele Bedenken ausräumen konnte, haben die Regierungsfractionen einige Änderungen und Konkretisierungen des Hessischen Kinderförderungsgesetzes beschlossen, die sich aus dieser sowie vielen Gesprächen ergeben haben. Damit wollen wir deutlich machen, dass das Kinderförderungsgesetz mehr Qualität, mehr Förderung und mehr Gerechtigkeit für die Kinder in Hessen bringt“, erklärte die CDU-Landtagsabgeordnete Sabine Bächle-Scholz zu den geplanten Änderungen am Kinderförderungsgesetz, um das es in der Vergangenheit hitzige Diskussionen auch im Kreis Groß-Gerau gegeben hatte.

„Wir haben präzisiert, dass Krippengruppen aus höchstens 12 Kindern bestehen dürfen. Es war nie unsere Intention, die Gruppen zu vergrößern. Mit der neuen Regelung schieben wir der theoretisch denkbaren Situation einer Gruppenvergrößerung über die Übergangsregelung der Mindestverordnung hinaus, einen Riegel vor“, erläuterte Bächle-Scholz und fügte hinzu: „Es wird ein weiterer Betreuungsmittelwert von 50 Stunden geschaffen. Für Kinder, die länger als 45 Stunden in der Woche betreut werden, steht damit auch eine längere Betreuung durch eine Fachkraft zur Verfügung. Dies trägt dem Anspruch vieler Eltern an längere Kinderbetreuung Rechnung und stärkt so die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.“



Die Abgeordnete betonte weiter: „Auch wenn wir es als Gestaltungsmöglichkeit verstanden haben, tragen wir zudem den Befürchtungen der Eltern Rechnung und streichen die derzeitige Regelung des Einsatzes von Kräften mit fachfremder Ausbildung aus anderen Bereichen. Die Ausweitung der Möglichkeiten, Nicht-Erzieher als Fachkräfte anzuerkennen, sollte eine Chance für die Träger sein, das Profil und die Schwerpunktbildung von Kitas zu stärken. Dass sowohl Eltern als auch Träger diese Regelung kritisiert haben, hat uns veranlasst, auf diese Flexibilisierung zu verzichten.“

Minister Grüttner anlässlich einer Diskussion zum Thema am 22.03.2013 in Bischofsheim

Diese und einige weitere kleinen Änderungen sollen die Diskussion versachlichen. Denn die Landesregierung investiert ab 2014 so viel Geld in die Zukunft unserer Kinder wie nie zuvor. Für uns steht die Qualität in hessischen Kindertagesstätten im Vordergrund. Dabei geht es uns nicht um die reine Betreuung, sondern vor allem auch um frühkindliche Bildung.

Dafür stehen die Eckpunkte des Gesetzes auch weiterhin: „Das Hessische Kinderförderungsgesetz bündelt und vereinheitlicht die Landesförderbestimmungen für die Tagesbetreuung von Kindern in einem Gesetz. Damit schaffen wir Transparenz und Klarheit über die Landesförderung. Mit dem neuen Gesetz wird zudem ein Anreiz für mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung gesetzt. Nicht zuletzt werden durch das Hessische Kinderförderungsgesetz ab 2014 durchschnittlich jährlich 424,5 Mio. Euro in die Zukunft unserer Kinder investiert – das ist so viel Geld wie nie zuvor in Hessen“, hob Bächle-Scholz hervor.

Für die Änderungen im Einzelnen klicken Sie [hier](#).

## Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft CDA und MIT diskutieren in Rüsselsheim

Die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) und die Mittelstandsvereinigung der CDU (MIT) veranstalteten am Montag, 06. Mai 2013 in der Stadthalle Rüsselsheim eine gemeinsame Podiumsdiskussion zum Thema „Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft“. Auf Einladung der örtlichen Landtagsabgeordneten Sabine Bächle-Scholz, die auch Vorsitzende des CDA-Kreisverbands Groß-Gerau ist und des Kreisvorsitzenden der MIT Wolfram Winkler, kamen die beiden hessischen Landesvorsitzenden von CDA und MIT, Dr. Matthias Zimmer MdB und Frank Hartmann, um sich den Fragen der zahlreichen Gäste zu stellen.

Dabei wurde eine breite Themenpalette von Lohnuntergrenze, Missbrauch von Werkverträgen und Zeitarbeit, Arbeitsmarktpolitik, Sicherung der Rentenversicherung, gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit, Kündigungsschutz bis hin zu Überlegungen, wie das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft erhalten werden kann angesichts einer sich ständig ändernden Welt im Zeitalter der Globalisierung. Darüber hinaus ging es natürlich auch um die bevorstehenden Wahlen zu Landtag und Bundestag und den jeweiligen Vorschlägen der Parteien.

Sowohl der MIT-Landesvorsitzende Frank Hartmann als auch sein Pendant bei der CDA Dr. Matthias Zimmer waren sich darüber einig, dass nur eine starke MIT und eine starke CDA gemeinsam dafür sorgen, dass die CDU auch weiterhin als einzige Volkspartei in Deutschland erfolgreich sein kann.

Und am Ende stellten beide fest, dass die Gemeinsamkeiten der Vereinigungen innerhalb der CDU-Familie immer noch größer seien als die Unterschiede.



Von links nach rechts: Dr. Matthias Zimmer MdB, Sabine Bächle-Scholz MdL, Frank Hartmann, Wolfram Winkler

## Girls' Day im Hessischen Landtag

### Mädchen aus Ginsheim-Gustavsburg und Rüsselsheim an Politik herangeführt

Wiesbaden. Jedes Jahr öffnen Behörden und Betriebe ihre Türen für Mädchen der Jahrgangsstufen 5 bis 10, um Arbeitsumfelder, nicht immer typisch für Mädchen und Frauen sind, diesen näher zu bringen.

In diesem Jahr konnte die Landtagsabgeordnete Sabine Bächle-Scholz (CDU) anlässlich des Girls' Day zwei jungen Damen aus Ginsheim-Gustavsburg und Rüsselsheim ihre Arbeit als Volksvertreterin näher bringen.

Daneben hatten Landtag und CDU-Fraktion ein abwechslungsreiches Programm für die Teilnehmerinnen organisiert, die so Einblick in die Vielzahl der Berufs- und Tätigkeitsfelder im und um den Landtag bekamen.



Bächle-Scholz erklärte, *„Es ist mir ein Herzensanliegen jungen Menschen die Politik nahe zu bringen und ihnen zu zeigen, dass sich der Einsatz für unsere Gesellschaft lohnt und viel Freude bereitet. Der Girls' Day eröffnet diese Möglichkeit speziell mit Blick auf junge Mädchen. Derzeit wird viel über die Frauenquote in Betrieben gestritten. Auch wenn ich mit Blick auf die CDU-Fraktion im Landtag sagen kann, dass in dieser viele Frauen vertreten sind, ist dies ein Baustein, um einen hohen Frauenanteil in der Politik auch für die Zukunft sicherzustellen.“*

Zur Zukunftssicherung der männlichen Jugend konnte Bächle-Scholz zwar nicht den zeitgleich stattfindenden Boys' Day nutzen. Dies so die Abgeordnete, würde sie gegebenenfalls im kommenden Jahr tun. „Seit Beginn des Jahres hatte ich bereits zwei männliche Schülerpraktikanten, heute waren jetzt einfach mal die Frauen dran“, erklärte sie mit einem Augenzwinkern.



# Stadtbücherei Rüsselsheim

## Eltern-Kind-Nachmittag in der Bücherei

Am Mittwoch, den 17.04.2013 fand in der Stadtbücherei Rüsselsheim eine Veranstaltung für Eltern mit ihren Kindern statt. Ziel war es, Kindern Bücher näher und ihnen Textverständnis beizubringen. Auch die Freude am Lesen sollte bei den Kindern geweckt werden. Dies soll auch eine Gelegenheit für Eltern und Kindern mit einem andern Herkunftsland darstellen, um ihre sprachlichen Kenntnisse zu verbessern.

Bei diesem Anlass wurde zuerst mit den Kindern gemeinsam ein Buch gelesen, woran sich erfreulicherweise auch die Eltern beteiligten. Danach wurde den Kindern Zeit gegeben, um an verschiedenen Stationen z.B. zu basteln oder Bilder auszumalen.

Die Kinder waren mit sehr viel Motivation dabei und ebenso die Eltern. Man bot ihnen die Gelegenheit sich in der Bücherei zu registrieren, um kostenfrei Bücher ausleihen zu können. Es werden auch Plätze zum Erledigen der Hausaufgaben gestellt. Auch eine Internet Verbindung wird für einen geringen Geldbetrag zur Verfügung gestellt.



Die örtliche Abgeordnete Sabine Bächle-Scholz (CDU) nahm an diesem Anlass teil. Sie war beeindruckt über die Möglichkeiten die angeboten wurden und vor allem darüber, dass viele Menschen dieses Angebot nutzen und es ihnen auch hilft. „*Es freut mich außerordentlich, dass die Bücherei unterstützt von ehrenamtlichen Kräften so ein kreatives und hilfreiches Angebot macht, das gerne von der Bevölkerung angenommen wird*“, fasste Bächle-Scholz ihren Eindruck zusammen

## CDU und FDP hauchen der Schuldenbremse Leben ein Die Regierungsfractionen bringen Gesetzentwurf zur Ausgestaltung der Schuldenbremse ein – Landeshaushalt kann weiter atmen

Die Regierungsfractionen von CDU und FDP haben am Donnerstag einen Gesetzentwurf zur Ausgestaltung der Schuldenbremse in den Hessischen Landtag eingebracht. Damit kommen sie dem Auftrag der hessischen Bürgerinnen und Bürger nach, die 2011 mit großer Mehrheit für ein verfassungsrechtliches Schuldenverbot gestimmt hatten. „Jetzt bekommt die Schuldenbremse ein Gesicht und wir Abgeordneten das Handwerkzeug, dass das Schuldenverbot auch Zähne zeigen kann“, so die Landtagsabgeordnete für den Wahlkreis 47 (Groß-Gerau Nord) Sabine Bächle-Scholz.

Für die Fractionen von CDU und FDP war von Anfang an klar, dass man strenge Regeln braucht, um das Schuldenmachen ab 2020 – auch durch Hintertüren – zu verhindern. Daher haben wir uns für eine hohe Hürde entschieden, und festgelegt, dass bei Naturkatastrophen und Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen, zwei Drittel der Mitglieder des Landtages zustimmen müssen, um damit eine missbräuchliche Inanspruchnahme von Krediten auszuschließen.

Weiterhin muss ab dem Jahr 2020 für konjunkturelle Schwankungen ein Kontrollkonto eingeführt werden. Bleiben die Steuereinnahmen hinter den Erwartungen zurück, darf die entstandene Lücke aus Krediten finanziert werden. Wenn dann die wirtschaftliche Erholung einsetzt, müssen die Mehreinnahmen zunächst zwingend dazu genutzt werden, die vorher aufgenommenen Kredite zu tilgen. Bächle-Scholz: „Damit kann der Haushalt weiter atmen, selbst wenn der Wirtschaft mal die Puste ausgeht. Wir können trotzdem noch Impulse setzen und der Wirtschaft wieder auf die Beine helfen.“

Dieses „Atmen“ funktioniere jedoch in beide Richtungen. Sprudeln die Steuern stärker, als erwartet, müssen die Überschüsse ebenfalls auf das Kontrollkonto eingestellt werden. „Hier ist Hessen Vorreiter – eine solche Regelung ist ein echtes Novum. Wir legen in außergewöhnlich guten Zeiten etwas zurück und bleiben in schwierigen Haushaltsjahren besser handlungsfähig. Das ist solide, vorausschauende Politik.“, so Bächle-Scholz.

Und auch mit dem verbindlichen Abbaupfand für die Jahre bis 2020 gehe der Gesetzentwurf von CDU und FDP über das hinaus, was andere Bundesländer sich auferlegen. Von 2015 bis 2020 müssen die Schulden auf Basis des Jahres 2014 um jeweils ein Fünftel reduziert werden. Damit stelle sich Hessen in einem weiteren Punkt der Verantwortung und schiebe die notwendige Konsolidierung nicht auf die lange Bank.

Wie man es nicht macht, zeige ein Blick ins Nachbarland Rheinland-Pfalz. Dort bestehe die Möglichkeit, neue Schulden aufzunehmen, wenn zum Beispiel der Bund die Steuergesetze ändere. Steige beispielsweise das steuerliche Existenzminimum, also der Grundfreibetrag, könne das Land die Ausfälle aus Krediten finanzieren. Was dies mit generationengerechter Politik zu tun habe, erschließe sich nicht. „Wir bekennen uns zu einer soliden, verantwortungsvollen Haushaltspolitik. Dieses Gesetz gibt uns die Instrumente dazu. Das ist verlässliche Politik made in Hessen.“, so Bächle-Scholz.



## Bekenntnisorientierter islamischer Religionsunterricht startet zum kommenden Schuljahr an 3 Grundschulen im Wahlkreis

Die CDU-Landtagsabgeordnete für den Wahlkreis 47 (Groß-Gerau Nord) Sabine Bächle-Scholz freut sich über die Einführung des bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterrichts an 3 Grundschulen in ihrem Wahlkreis zum kommenden Schuljahr.

„In meinem Wahlkreis wird dieses Angebot von der Goetheschule in Rüsselsheim, der Karl-Treutel-Schule in Kelsterbach und der Pestalozzischule in Raunheim den Schülerinnen und Schülern gemacht. Ich bin überzeugt, dass es sich bewähren und einen weiteren Baustein zur Integration leisten wird“, sagte Bächle-Scholz und kündigte an, sich im Laufe des Schuljahres den Religionsunterricht selbst ansehen und von der Arbeit der Lehrer überzeugen zu wollen.

„Hessen ist das erste Bundesland, das den bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterricht auf der Grundlage von Artikel 7 Absatz 3 des Grundgesetzes einführt. Damit haben wir ein entscheidendes Zeichen gesetzt und sind gespannt auf die Erfahrungswerte in den kommenden Jahren. Der verfassungsrechtliche Anspruch gemäß unseres Grundgesetzes ist Ausdruck von Freiheit und Vielfalt in unserer Gesellschaft. Bekenntnisorientierter islamischer Religionsunterricht hat ebenfalls eine bedeutende integrationspolitische Dimension. Die religiöse Bildung soll den Schülerinnen und Schülern helfen, sich in einer Vielfalt möglicher Lebensentwürfe zurechtzufinden und eine eigene Identität zu entwickeln, die religiöse Orientierung und ethische Urteilsfähigkeit einschließt“, so die Abgeordnete.



Die Religionsgemeinschaften DITIB Landesverband Hessen e.V. und Ahmadiyya Muslim Jamaat erfüllen die Voraussetzungen nach Artikel 7 Absatz 3 Grundgesetz und stehen somit als Kooperationspartner für die Einrichtung von bekenntnisorientiertem Religionsunterricht an öffentlichen Schulen zur Verfügung. Dieser ist seinem Wesen nach eine staatliche Veranstaltung wie jedes andere Unterrichtsfach auch. Dies gilt unabhängig davon, für welche Konfession der Religionsunterricht eingerichtet ist. Er wird als ordentliches Lehrfach in staatlicher Verantwortung, d.h. nach staatlichen Curricula, in deutscher Sprache und grundsätzlich durch staatliche Lehrkräfte erteilt. Die Unterrichtsangebote werden in einer Einführungsphase zum Schuljahr 2013/2014 an zunächst hessenweit 27 Grundschulen eingerichtet, sukzessive von Klasse 1 beginnend. Nach vier Jahren wird der Unterricht dann in allen Jahrgängen der beteiligten Schulen etabliert sein. Ziel ist es, das Angebot mittelfristig je nach Bedarf landesweit einzuführen.

## CDA-Mitglieder der Landtagsfraktion zu Besuch bei Opel

Auf Initiative der örtlichen Landtagsabgeordneten Sabine Bächle-Scholz informierten sich die Staatssekretärin im hessischen Sozialministerium Petra Müller-Klepper, ihr Kollege aus dem Innenministerium Werner Koch, und weitere Abgeordnete des hessischen Landtages über die aktuelle geschäftliche Situation bei Opel.



Von links nach rechts: Frank Peter Zimmermann, Alexander Bauer MdL, Irmgard Klaff-Isselmann MdL, Staatssekretärin Petra Müller-Klepper, Staatssekretär Werner Koch, Sabine Bächle-Scholz MdL, Alfons Gerling MdL, Dirk Horstmann, Armin Herber

Als Sozialpolitiker der CDU interessierten sich die hochrangigen Regierungsvertreter und Parlamentarier insbesondere für die Themen Arbeitsplätze, Beschäftigungsgarantien, Ausbildungsangebote und berufliche Qualifikation, die Frank Peter Zimmermann für die Personalabteilung aus erster Hand darstellen konnte.

Besonders erfreut nahmen die Politiker den Hinweis auf die sog. „IQler“ zur Kenntnis. Dieser Begriff wird von Opel für jährlich zehn Personen verwendet, die als Auszubildende angestellt werden, obwohl ihre Qualifikationen hierfür eigentlich nicht ausreichen. Diese Personen, so Zimmermann, würden dann gezielt und individuell gefördert. Das Programm sei so erfolgreich, dass 8 bis 9 der Betroffenen am Ende übernommen würden. Bächle-Scholz lobte dieses Sozialengagement und erinnerte an Programme wie die von der Schwarz-Gelben Landesregierung initiierten SchuB-Klassen, die ebenfalls dem Ziel der erfolgreichen Ausbildung von Menschen, deren Chancen auf dem Arbeitsmarkt eher gering seien, dienen.

Neben Dirk Horstmann aus dem Bereich Public Policy nahm mit Armin Herber auch ein Mitglied des Betriebsrats an dem gemeinsamen Gespräch teil und erläuterte die Sicht des Betriebsrates zu den vielfältigen Themen rund um die Zukunft Opels im GM-Konzern. Er betonte, die Entscheidung des Mutterkonzerns GM über 4 Milliarden Euro in Europa zu investieren, sei nicht nur, wie vertraglich festgelegt ein Fingerzeig bis 2016. Vielmehr könne jedem klar sein, dass diese Summe nicht in die Hand genommen worden sei, wenn GM nicht an eine langfristige Perspektive glaube.

Nicht zuletzt bei dieser Äußerung des Betriebsrates war nicht zu übersehen, dass Geschäftsleitung und Betriebsrat gemeinsam nach guten Lösungen für Konzern und Beschäftigte suchen und sich hierbei gut ergänzen.

Zum Ende des Gesprächs dankten die Gäste für die umfassenden Informationen und versicherten die Opelaner ihrer Unterstützung, damit Opel als Kernunternehmen und großer Arbeitgeber in der Region den Weg zurück zur Profitabilität erfolgreich weiter beschreiten kann.



# IMPRESSIONEN

Geburtstagsfeier Helga Oehne mit Uwe Albert



Mein Praktikant Herr Sheraz mit dem Hessischen CDU-Generalsekretär Peter Beuth



Besichtigung Druckzentrum mit der Seniorenunion



Baumübergabe an einen Bürger bei der Aktion „Lebensbaum“ der CDU Nauheim



Verleihung der Stadtrechte an Ginsheim-Gustavsburg in der Staatskanzlei



# IMPRESSIONEN



Diskussion der Europaunion in Rüsselsheim zum Wahlrecht für EU-Bürger  
Links Renate Meixner-Römer; Rechts Prof. Dr. Carl-Otto Lenz, Generalanwalt des EUGH i.R.



Mein Praktikant Herr Sheraz mit Staatssekretärin Petra Müller-Klepper

Auf dem Landtag der JU  
Von links nach rechts: Max Hofstätter, Michael Trock, Johannes von Richthofen, Sabine Bächle-Scholz MdL, Julia Hartmann, OB Patrick Burghardt, Niklas Flörsch, Dr. Stefan Heck



Vorstellung des „Netzwerks Integrationslotsen“ mit dem Arbeitskreis Enquete-Kommission der Landtagsfraktion



Bei der CDA-Landestagung mit Peter Mayer und Dr. Matthias Zimmer MdB

# TERMINE viel getan – viel zu tun

Mai

Stand 22.05.13

- |         |  |  |
|---------|--|--|
| 1.      | Tag der Offenen Tür Feuerwehr<br>Volksradfahren                                | Nauheim<br>Bischofsheim                          |
| 2.      | Opelbesuch CDA   | Rüsselsheim                                      |
| 3.      | Diskussion Europaunion   | Rüsselsheim                                      |
| 4.      | Ausflug CDU Bischofsheim und GiGu  | Hambacher Schloss                                |
| 5.      | Radtour CDU  | Nauheim  |
| 6.      | Veranstaltung CDA / MIT  | Rüsselsheim                                      |
| 7.      | Landtagsfraktion   | Wiesbaden  |
| 8.      | Sozialausschuss<br>Konstituierung CDA Bezirksvorstand                          | Wiesbaden<br>Erbach                              |
| 9.      | Vatertagsfeier SV 07<br>Vatertagsfeier ESV<br>Vatertagsfeier Geflügelzüchter   | Bischofsheim<br>Bischofsheim<br>Nauheim          |
| 11.     | Europatag<br>Klausurtagung CDU GiGu  | Raunheim<br>Jakobsberg                           |
| 12.     | Akademische Feier Le Teil  | Raunheim   |
| 13.     | LWV Beirat<br>Treffen polnischer Ombudsmann<br>Besuch Rumi e.V.                | Groß-Gerau<br>Wiesbaden<br>Rüsselsheim           |
| 14.     | Landtagsfraktion<br>Gemeinsamer Bundesausschuss                                | Wiesbaden<br>Berlin                              |
| 15.     | Verbraucherzentrale<br>Betriebskommission Rettungsdienst<br>Wahlkampfkonferenz | Rüsselsheim<br>Groß-Gerau<br>Kelsterbach         |
| 16.     | Petitionsausschuss<br>Quiz der Vereine   | Wiesbaden<br>Ginsheim-Gustavsburg                |
| 17.     | Besuch GPR Seniorenheim<br>Besichtigung Offenbacher Karree<br>Burgfest         | Rüsselsheim<br>Offenbach<br>Ginsheim-Gustavsburg |
| 18.     | Landestag Junge Union  | Wiesbaden  |
| 19.     | Deutscher Mühlentag<br>Pfarrfest<br>Pfingstfest                                | Ginsheim-Gustavsburg<br>Nauheim<br>Raunheim      |
| 20.     | Musikalischer Pfingstmontag<br>Eröffnung Ölhafenbrücke                         | Nauheim<br>Raunheim                              |
| 21.-23. | Plenum   | Wiesbaden  |
| 21.     | Landtagsfraktion<br>Besuchergruppe Ahmadyyah                                   | Wiesbaden<br>Wiesbaden                           |
| 22.     | Austausch Energiekosten mit Industrie  | Wiesbaden  |